



Inhalt

- Seite 1- 2 SPD in der Opposition
- Seite 2 - 3 Personalwechsel im Rathaus
- Seite 3 Kampf gegen Wohnungsnot der Begüterten
- Seite 4 - 5 Rente mit 67 Das ist Rentenklau
- Seite 6 - 7 Atomkraft: Regierung umzingeln
- Seite 7 Erinnerung
- Seite 8 Termine, Wir über uns

SPD in der Opposition

Glaubhaft geht anders

Die SPD steht vor dem Dilemma, dass ihre Wähler mit ihrer Regierungspolitik nicht zufrieden sind. Immer dann, wenn sie Gestaltungsmacht hat (Münzfefering: Opposition ist Mist), verordnen sie dem Volk neue Zumutungen wie Agenda 2010, Hartz-Gesetze, Rente mit 67, Afghanistankrieg oder „Gürtel-enger-schnallen“ für die Bankenrettung.

Nun ist die SPD nach einem bisher einmaligen Wahldesaster in der Opposition. Eine Abkehr von ihrer praktizierten Politik steht nicht in Frage, alle Entscheidungsträger der SPD sind eingebunden gewesen. Mit einem Taschenspielertrick will sich die SPD-Führung etwas Luft verschaffen: Sie stellt die Rente mit 67 nicht in Frage – sie will die Einführung aber verschieben und an eine Erwerbstätigenquote für ältere Arbeitnehmer koppeln.



SPD: Wahnsinn!! Lauter Geisterfahrer !!!

Schon mit dem Verweis auf die Erwerbstätigenquote (enthält Freiberufler, Selbständige, Ein-Euro-Jobber) wird der nächste Trick vorbereitet. Relevant für die Rentenversicherung sind nicht Erwerbstätige sondern rentenversicherungspflichtig Beschäftigte. Der abhängig Beschäftigte findet aber keinen neuen Chef, der ihn nehmen würde.

Maßnahmen gegen die Probleme in der Rentenversicherung werden ausgeblen-

det. Weder ist die SPD-Spitze bereit, die Ausweitung des Personenkreises der Beitragszahler, die Anhebung der Freigrenzen, die Beitragspflicht für Selbständige und Besserverdienende zu fordern, noch gegen Armutslöhne und Leiharbeit vorzugehen.

Dies ist verständlich, haben die handelnden Personen doch in Partei und Regierung brav ihre Hand für die Agenda-Politik gehoben und umgesetzt.

Personalwechsel im Rathaus – Weiter so mit Schwarz-Grün

Nach dem Rücktritt von Ole von Beust war eine Senatsumbildung notwendig geworden. Mit der Wahl von Christoph Ahlhaus (CDU) zum neuen ersten Hamburger Bürgermeister und den neuen Senatoren Ian Karan (parteilos, Wirtschaft), Reinhard Stuth (CDU, Kultur) und der bisherige Verfassungsschutzchef Heino Vahldieck (CDU, Inneres) ist dies erfolgt.

Zuvor hatte die Grün-Alternative Liste (GAL) auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 22.8. die Fortführung der Koalition abgesegnet. Dabei ist die Bilanz der Koalition aus dem Blickwinkel grüner Ansprüche verheerend. Bisher ist die „grüne Handschrift in der Stadt“ nur an der Einführung des Stadtrads zu erkennen, Moorburg, Elbvertiefung, Verkehrspolitik,... sind gescheitert.

Aber die Fortsetzung der ersten schwarz-grünen Koalition auf Länderebene nach dem Rücktritt von Ole von Beust hat demgegenüber Vorrang. Dazu meinte die GAL-Vorsitzende Katharina Fegebank, dass es »keinen objektiven Grund, die Koalition zu verlassen«, gebe

Senat geht nach Rechts

Die Umbesetzungen zeigen eine Rechtsverschiebung des Hamburger Senats:

Christoph Ahlhaus selbst gilt als konservativer Law-and-order-Mann, der sich aber „wirtschaftsfreundlich“ auch aktiv für die Minderung des Korruptionsregisters eingesetzt hat. Der neue Innensenator Heino Vahldieck wurde 2002 unter Innensenator Schill Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes. Auch er gilt als Hardliner. Beide kommen aus dem Milieu der schlagenden reaktionären Verbindungen, denen sie heute noch verhaftet sind.

Der Wirtschaftssenator Ian Karan hat in kürzester Zeit schon bewiesen, dass er Probleme mit der Wahrheit hat, wenn es z.B. um sein Sponsoring der Schill-Partei (44.500 Euro), seine Universitätslaufbahn oder das Drumherum seiner Einbürgerung geht.

Streichen, streichen, streichen

Die Regierungserklärung des neuen Senats soll aber erst zwei Wochen nach der Wahl erfolgen. Im Vorwege stellte Christoph Ahlhaus in Interviews die Grundzüge der schwarz-grünen Senatspolitik klar: über 500 Mill. € soll Hamburg einsparen, „Wir werden sparen, auch wenn es wehtut. Das ist politische Verantwortung.“

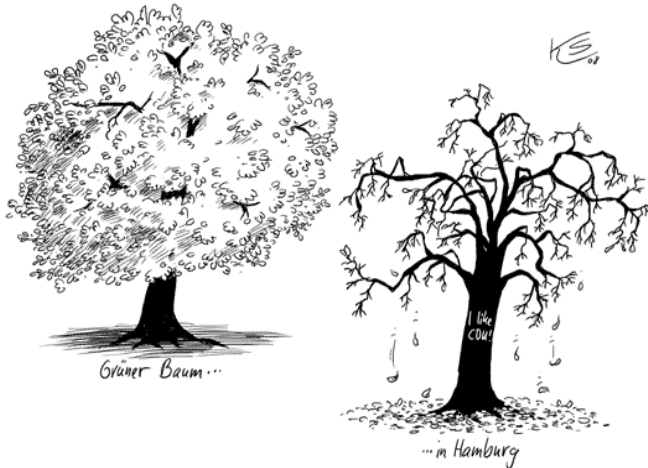
Darauf hat sich auch die GAL auf ihrer Mitgliederversammlung eingestellt: Es „existieren die Gestaltungsspielräume, die dem Koalitionsvertrag 2008 zugrunde lagen, nicht mehr; um sie wiederzugewinnen, muss die Stadt ihre Pflichtausgaben spürbar reduzieren. Das bedeutet Personalabbau, Gehaltskürzungen und Abbau von öffentlichen Dienstleistungen.“ (S. 9/10 Beschluss GAL-Landesmitgliederversammlung 22.08.10)

Mehr Einnahmen durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Erbschaftsteuern oder die Einführung einer Vermögenssteuer, dafür ist dieser Senat nicht zu haben.

Demgegenüber werden die Streichkonzerte im öffentlichen Haushalt weiter ausgeweitet. Massive Kürzungen bei den Leistungen für die Bürger stehen an, d.h. im öffentlichen Dienst und bei den sowieso schon ausgemagerten öffentlichen Leistungen der Stadt wird gekürzt werden.

Ole von Beust nicht vergessen!

Im verklärenden Rückblick erscheint Ole von Beust in der Öffentlichkeit als respektabler, weltoffener Mann. Aber er hat die Rechtspopulisten unter Ronald Schill salonfähig gemacht, indem er auf ihrer Mitarbeit seine erste Regierung aufgebaut hatte.



Unter seiner Leitung hat Hamburg Milliarden Euro an Steuergeldern z.B. in Leuchtturmprojekten wie der Elbphilharmonie oder dem Desaster der HSH Nordbank vergeudet. Gegenfinanziert wurde dies mit einer Politik des sozialen

Kahlschlages, die die soziale Spaltung in Hamburg vorangetrieben hat. Das Ergebnis ist ein finanzpolitisches Desaster mit gigantischer Neuverschuldung bei gleichzeitigem Sparprogramm von 1,15 Milliarden Euro bis 2013.

Enttäuschung der Wähler ?

Erwartungen von CDU-Wählern können durch diese Politik nicht enttäuscht werden. Viele Grüne und ihre Wähler haben es da schwerer. Sie werden mit dem Widerspruch eines vermeintlich linksalternativen Selbstverständnisses bei gleichzeitiger Unterstützung der gegenteiligen Politik von Schwarz-Grün leben müssen.

Thomas Ebermann hat sich in der Jungen Welt vom 24.08.10 klar geäußert: „Was Mitgliedschaft und Wähler der Grünen betrifft, so glaube ich, dass beide zu einem erheblichen Teil aus Sozial-Ignoranten bestehen. Der Appell an ein Bewusstsein aus den 80er Jahren ist lächerlich. Man kann den Grünen in Hamburg nicht abprechen, dass sie die Schill-Partei vollwertig ersetzt haben. Wer das mitmacht, den kann ich nicht ernst nehmen, wenn er meint, das Ringen um ein paar Fahrradwege mehr weise ihn als ordentlichen Linken aus.“

Eimsbüttel: Kampf gegen die Wohnungsnot der Begüterten .

Letzte städtische Flächen werden für privaten Luxus-Wohnungsbau vergeben.

Bei vielen Vermietern in Eimsbüttel haben nur noch kinderlose Paare mit tadellosem Einkommen eine Chance. Selbst dann zieht sich die Wohnungssuche laut Mieterverein über Monate hin. Es ist halt, wie es ist, scheint die Meinung bei allen Verantwortlichen zu sein. Zwar gebe es „begründete Sorgen hinsichtlich der Verfügbarkeit von preisgünstigen Wohnungen“, meinte man im Bezirksamt, aber eben keine Wohnungsnot.

Junge EimsbüttlerInnen, die Familienwohnraum benötigen oder sich freiwillig aus dem „Hotel Mama“ verabschieden möchten, machen da ganz andere Erfahrungen. Das hat Gründe.

Bis 2003 galt für Eimsbüttler Vermieter von Altbauten noch die sogenannte Soziale Erhaltungsverordnung. Als der Senat diese abschaffte, konnten Hausbesitzer ungebremsst ihre Mietwohnungen in Eigentum umwandeln.

Gleichzeitig kam der Soziale Wohnungsbau fast völlig zum Erliegen. Nach einer Analyse des Bezirksamts gibt es hier heute nur 8300 Sozialwohnungen. Das sind gerade 7 % der rund 130 000 Wohnungen im Bezirk und liegt weit unter dem Hamburger Durchschnitt von 13,2 %. Aber das brachte Stadtplaner und Kommunalpolitiker offenbar nicht um ihren gesunden Schlaf. Sie verscherbelten auch die wenigen in städtischer Hand verbliebenen Flächen an Investoren, die ausschließlich teure Eigentums- und Mietwohnungen bauen lassen. Aktuelle Beispiele: Die Sportplatzbebauung am Veilchenweg, die Pläne für den Sportplatzring und die Grossbaustelle Lohkoppelweg. Soziale Marktwirtschaft? Aber ja! Hier wird eben die Wohnungsnot der Begüterten gelöst. Exakt so, wie der schwarz-grüne Senat sein Konzept „Hamburg, wachsende Stadt“ verstanden wissen möchte.

Rente mit 67 – das ist Rentenklau!

Mit 45 zu alt – mit 55 überflüssig – als Rentner verarmt?



Zu einer heiß umworbenen Personengruppe gehören Menschen ab 50 Jahren. In der Werbung heißen sie "Best Ager", als Internetnutzer werden sie "Silver Surfer" genannt: Die Werbeindustrie weiß um den "Wert" der zahlungskräftigen Konsumenten-Generation 50plus. Als Arbeitskräfte hingegen sind die "Best Ager" aber immer weniger gefragt. Während heute nur jeder vierte Erwerbstätige älter als 50 Jahre ist, wird es schon im Jahr 2020 theoretisch jeder dritte sein. In den Werkshallen aber sieht man sie immer seltener, die "Alten".

Die erwartete Zunahme der über 50-jährigen Beschäftigten resultiert hauptsächlich daraus, dass immer mehr ältere Menschen sich mit Teilzeit- oder Minijobs auch nach dem Erreichen des Rentenalters, das immer weiter nach hinten verschoben wird, über Wasser halten müssen.

Während das Armutsrisiko allgemein mit dem Alter steigt, ist aus dieser Altersgruppe noch jede Menge Profit zu ziehen. Mit einer Kaufkraft von heute mehr als 90 Milliarden Euro pro Jahr verdrängt die Generation "50plus" die bislang umschwärmte Generation der 14- bis 49-Jährigen langsam aber sicher vom Konsumententhron. In den nächsten Jahren wird die sehr sparsame Nachkriegsgeneration den heute über 50-Jährigen eine Erbmasse von ca. zwei Billionen Euro vererben. Dazu kommt noch, dass jährlich Lebensversicherungen von 15 Milliarden ausgezahlt werden. Eine rosige

Zukunft wird daraus für die Mehrheit der älteren Menschen aber dennoch nicht. Denn nicht das im Pass eingetragene Geburtsjahr entscheidet über Armut und Wohlstand, sondern schon eher die Straße, in der man geboren ist.

Alter ist Armutsrisiko

Ältere Menschen leiden besonders unter der Arbeitshetze in den Betrieben. Die Arbeit macht sie krank, immer öfter auch psychisch. Schon kurz vor Erreichen der bisherigen Regelaltersgrenze 65 ist die Beschäftigungssituation äußerst prekär. So waren nicht einmal zehn Prozent der 64-Jährigen im Jahre 2008 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Von 2006 bis 2008 ist ihr Anteil zwar um 2,6 Prozent gestiegen. Das kommt aber nur einer geringen Verbesserung auf traurigem Gesamtniveau gleich.

Es muss leider festgehalten werden: Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nach wie vor die Stiefkinder des Arbeitsmarktes. Wer das Pech hat und kurz vor der Rente erwerbslos wird, hat kaum eine Chance, wieder einen neuen Vollarbeitsplatz zu ergattern. Von den 64-Jährigen schaffen nicht einmal mehr zehn Prozent. Und gerade mal ein Fünftel der 60-Jährigen.

Nicht einmal ganz ein Fünftel (18 Prozent) geht aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die wohlver-diente Altersrente. Aber deutlich mehr als ein Fünftel (22

Prozent) geht aus Erwerbslosigkeit (Leistungen SGB III/SGB II) direkt in Rente (werden sogar zum Teil von der Arbeitsagentur dazu gezwungen). So liegt das reale Renteneintrittsalter deutlich unter 65. 1998 lag es bei 62,2 Jahren, 2008 bei 63,2 Jahren.

“Rente mit 67” – ist Rentenkürzung

Das Anheben des Renteneintrittsalters auf 67, oder gar 70 Jahre führt zu starken Kürzungen des Rentenanspruchs. Schon heute sind empfindliche Abschläge von der Altersrente Normalität. Knapp die Hälfte aller (46,6 Prozent), die in Rente gehen, mussten 2008 Abschläge über hundert Euro (115 Euro) in Kauf nehmen. In Ostdeutschland sind mehr als zwei Drittel (68,5 Prozent) von Abschlägen betroffen. Die Große Koalition aus CDU und SPD war es, die 2006 beschloss, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre hochzusetzen. Begründet wurde das damit, dass nur so der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis 2020 unter 20 Prozent gehalten werden könne.

Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters beginnt ab dem Jahr 2012 für die Jahrgänge ab 1947. Bis zum Jahr 2023 wird das Rentenalter jährlich um einen Monat auf dann 66 Jahre angehoben, bis 2029 in Zwei-Monats-Schritten auf 67 Jahre. Eigentlich ökonomisch ein Witz. Denn es ist sogar regierungsamtlich bestätigt, dass bei Beibehaltung der Rente mit 65 der Beitragssatz zur Rentenversicherung nur 0,5 Prozentpunkte höher wäre. Das wären

dann für einen Arbeitnehmer mit 2 000 Euro brutto im Monat fünf Euro. Wegen fünf Euro würde niemand zwei Jahre länger schaffen, das ist doch klar. Um das geht es ja auch nicht. Es geht um die in die Hunderte Euro gehende Abschläge, die gemacht werden können bei all denen, die zum Beispiel wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit usw., nicht so lange arbeiten können. So ist das Ansteigen der sowieso schon grassierenden Altersarmut programmiert.

Immer mehr Rentner arbeiten

Immer mehr Rentner arbeiten in Deutschland nebenher. Von 1991 bis 2007 ist die Erwerbsbeteiligung der 65- bis 69-Jährigen angestiegen. Denn längst nicht alle Senioren können ihren Ruhestand mit viel freier Zeit genießen.

Das zeigt, die Renten waren auch bislang nicht üppig, aber Dank der Erfolge der Arbeiterbewegung im Kampf um sozialen Fortschritt hat das bisherige Rentensystem, in Verbindung mit der Verlängerung der Lebenszeit, erstmals in der Geschichte der Menschheit Bedingungen geschaffen, dass das Rentenalter nicht das Vorzimmer des Todes ist, sondern ein eigenständiger und lebenswerter Lebensabschnitt. Diese zivilisatorische Errungenschaft wird jetzt von den Herrschenden europaweit in Frage gestellt. Bieten wir ihnen in ganz Europa Paroli!

Rente mit 67

das ist Rentenklau!



Mit 45 zu alt – mit 55 überflüssig – als Rentner verarmt?



**Weg mit der Rente mit 67
Her mit einem altersgerechten Leben!**



Atomkraft: Schluss jetzt!

Regierung umzingeln

Die Antiatombewegung will am 18. September mit Zehntausenden Demonstranten die Viertel um den Reichstag dicht machen

Aufruf zur Demonstration und Umzingelung „Atomkraft: Schluss jetzt!“ am 18. September 2010, 13 Uhr, in Berlin

Gegen die Mehrheit der Bevölkerung hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an ihren Atomplänen fest. Sie will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern – und den Bundestag möglicherweise noch im September darüber entscheiden lassen.

Wir sagen: Schluss jetzt!

Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik! Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein. Dass die Atommüllberge weiter in die Höhe wachsen, für deren Lagerung es weltweit keine Lösung gibt. Dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbaut. Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten – und zwar jetzt!

Gorleben stoppen!

Wir widersetzen uns auch einer unverantwortlichen Entsorgungspolitik für den tödlichen

Kommt am 18. September nach Berlin und demonstriert für den Ausstieg! Atomkraftwerke jetzt abschalten – Gorleben stoppen!



Keinen Fussbreit den AKW-Putschisten

Strahlenmüll. Gorleben wurde aus politischen Gründen und nicht auf Grund geologischer Eignung als Endlagerstandort gewählt. Das Vorbild für Gorleben, das absaufende und vom Einsturz bedrohte Atommüllager Asse 2, zeigt, dass von den Sicherheitsbeteuerungen nichts zu halten ist. Gorleben kommt als Atommüllendlager nicht in Frage!

Jetzt müssen wir dran bleiben!

Unser Widerstand zeigt Wirkung. Die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen in der Defensive und uneins. Sie spürt den Druck, der von einer neu erstarkten Anti-Atombewegung ausgeht und von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen wird.

Am 18. September wollen wir mit zehntausenden Menschen in Berlin auf die Straße gehen und das Regierungsviertel umzingeln. Damit läuten wir einen heißen Herbst ein, der im November in den vielfältigen Protesten gegen den Castor-Transport nach Gorleben gipfelt.

Die Organisation der Fahrtmöglichkeiten nach Berlin war zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht so, dass wir hier etwas berichten können. Bitte informieren Sie sich im Internet.



Erinnerung



Unser Genosse Rudi Griebner ist gestorben.



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an sie zu verändern.“

In diesem Sinne lebte und kämpfte Rudi Griebner über 60 Jahre als Hamburger Kommunist, mehr noch als Schnelsener Kommunist, seinem Stadtteil eng verbunden.

Seine Auftritte und Zwischenrufe machten ihn bekannt: Laut und deutlich, quer durch den Saal. Seine Ansprache scharf, immer das erwähnend, was ihm wichtig war, Halbheiten und Unwahrheiten benennend, aber stets dann auch das Gemeinsame betonend.

Rudi betrieb leidenschaftlich seinen „Friedens-Klassenkampf“ und erreichte mit seinem unablässigen Engagement, dass

endlich ein Freizeitzentrum in seinem Stadtteil gebaut wurde. Er leistete beständig Aufklärungsarbeit im Geschichtsunterricht an Schnelsener Schulen und setzte sich im örtlichen „Freundeskreis Asyl“ für die Rechte der Menschen ein.

Alles nur Blitzlichter, kurze Momentaufnahmen einer lebenslangen politischen Präsenz in seinem Viertel und darüber hinaus.

Von seinem sozialistischen Ideal haben ihn weder Parteiverbot noch persönliche Benachteiligungen und auch nicht die tiefen Enttäuschungen über die Niederlage der sozialistischen Länder abbringen können.

Sein Wirken bleibt unvergessen.

DKP Hamburg-West

<h1 style="margin: 0;">Nur Mut!</h1> <p style="margin: 0;">UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP Die Kommunistische unter den Linken. www.kommunisten.de</p>	<p style="font-size: 2em; font-weight: bold; color: white;">Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!</p>	Ja, ich will:
<input type="checkbox"/> mehr Infos über die DKP und ihr Programm <input type="checkbox"/> Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe		<input type="checkbox"/>
Name <input type="text"/> Vorname <input type="text"/>		<input type="text"/>
Straße <input type="text"/>		<input type="text"/>
PLZ / Ort <input type="text"/>		<input type="text"/>
CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de		Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de

Termine:

Montag, den 06.09.10 ab 19.00 Uhr im DKP-Zentrum Lindenallee 72 trifft sich die Gruppe HH-West zu

- Bundesweite Aktionen gegen das Sparprogramm – Aktionen der Gruppe
- HH: Neuer Bürgermeister – altes Sparprogramm
- Alternative Gewerkschaftslisten: Was halten wir davon?

Samstag, den 11.09.10 11 – 14.00 Uhr Infotisch der DKP-Gruppe Hamburg-West An der Ecke Osterstr./ Heußweg

Montag, den 20.09. ab 19.00 Uhr im DKP-Zentrum Lindenallee 72: trifft sich die DKP-Gruppe HH-West wieder



Wir über uns

Als Kommunisten haben wir uns zusammengefunden, um gemeinsam für eine menschliche Gesellschaft ohne Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung zu kämpfen. Eine Welt die nachhaltig eine Zukunft hat. Wir sind nicht blind, wir sehen die Übermächtigkeit der Herrschenden und den weiten Weg zur Erreichung dieser Ziele.

Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut, Klimawandel und Umweltkatastrophen, Kriege – sie sind Produkt dieses Kapitalismus.

Deshalb wir teilen die Einschätzung von Karl Marx „Sozialismus oder Barbarei“.

Vor diese Alternative gestellt, hoffen wir, dass wir auch Sie für diesen Kampf gewinnen können. Dafür haben wir auch diese Zeitung erstellt.

Kommen Sie doch einfach einmal vorbei.

DKP-Gruppe Hamburg-West

Bert Brecht hat in dem folgenden Text aber andere Hoffende im Blick:

Die Hoffenden

Bertolt Brecht, Gesammelte Werke 8, Gedichte 1 S. 417, Gedichte 1926-1933, Suhrkamp Verlag, 1967

Worauf wartet ihr?

Dass die Tauben mit sich reden lassen und dass die Unersättlichen euch etwas abgeben!

Die Wölfe werden euch nähren statt euch zu verschlingen!

Aus Freundlichkeit werden die Tiger euch einladen ihnen die Zähne zu ziehen!

Darauf wartet ihr!

IMPRESSUM und Kontakt

Eimsbüttler Rot – Zeitung der DKP-Gruppe Hamburg-West

V.i.S.d.P.: Oskar Mathießen, Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Telefon 040 / 480 4900